

Inhalt, Nr. 28/2025
<ul style="list-style-type: none"><li>• Vollzug der Baugesetze</li><li>• Öffentliche Zustellung</li><li>• Bekanntmachung Zweckverband „Volks-hochschule im Osten des Landkreises München“</li></ul>

**Vollzug der Baugesetze**  
**Nr. 2632 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**

**Vorhaben:** Befristete Errichtung einer Freischankfläche mit 24 Gastplätzen zum Ausgleich der Gastplätze, die auf der bestehenden Freischankfläche, die aufgrund der infektionsschutzrechtlich einzuhaltenden Abstände vorübergehend nicht genutzt werden können

**Grundstück:** Gemarkung Unterschleißheim Fl.Nr. 1718/1

**Bauort:** 85716 Unterschleißheim, Bezirksstraße 5A

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 19.08.2025, Nr. 4.1-0473/20/V wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Befristete Errichtung einer Freischankfläche mit 24 Gastplätzen zum Ausgleich der Gastplätze, die auf der bestehenden Freischankfläche, die aufgrund der infektionsschutzrechtlich einzuhaltenden Abstände vorübergehend nicht genutzt werden können“ auf dem Grundstück der Gemarkung Unterschleißheim Fl.Nr. 1718/1 in 85716 Unterschleißheim, Bezirksstraße 5A befristet bis 30.11.2025 erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 1.2 und Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

4. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 1430, 1432, 1717, 1718/2 Gemarkung Unterschleißheim ) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 BayBO).

5. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz der fehlenden Unterschrift und damit ohne Zustimmung der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 1430, 1432, 1717, und 1718/2 der Gemarkung Unterschleißheim zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art. 68 Abs. 1 BayBO).

6. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

7. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei

dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

*Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:*

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

8. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Stadt Unterschleißheim, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.42, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

**Nr. 2633 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**

**Baugenehmigung vom 20.08.2025**

**Vorhaben:** Umbau und Aufstockung eines Wohngebäudes

**Grundstück:** Gemarkung Unterhaching Fl.Nr. 548/12

**Bauort:** 82008 Unterhaching, Lannerstraße 31

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 20.08.2025, Nr. 4.1-0758/24/V wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Umbau und Aufstockung eines Wohngebäudes“ auf dem Grundstück der Gemarkung Unterhaching Fl.Nr. 548/12 in 82008 Unterhaching, Lannerstraße 31 erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides fest-

gesetzt sind.

3. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

4. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 548/8, 548/9, 551, 552/5, der Gemarkung Unterhaching zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

5. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 548/8, 548/9, 551, 552/5) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

6. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

*Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:*

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

7. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemein-

de Unterhaching, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.42, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

**Nr. 2634 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**

**Baugenehmigung vom 20.08.2025**

**Vorhaben:** Tektur: Energetische Sanierung und Erweiterung eines best. Lebensmittelmarktes unter der Bedingung des Bestandschutzes, hier: Änderung Außenabmessungen Technikgeschoss, Erhöhung Geschosshöhe EG, Verlegung Windfang, Grundriss- und Freiflächenänderungen ...

**Grundstück:** Gemarkung Haar Fl.Nr. 413/3

**Bauort:** 85540 Haar Kr. München, Keferloher Straße 14

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 20.08.2025, Nr. 4.1-0345/25/V wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Tektur: Energetische Sanierung und Erweiterung eines best. Lebensmittelmarktes unter der Bedingung des Bestandschutzes, hier: Änderung Außenabmessungen Technikgeschoss, Erhöhung Geschosshöhe EG, Verlegung Windfang, Grundriss- und Freiflächenänderungen ...“ auf dem Grundstück der Gemarkung Haar Fl.Nr. 413/3 in 85540 Haar Kr. München, Keferloher Straße 14 erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Abweichungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 3 des Bescheides festgesetzt sind.

4. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

5. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) des Eigentümers des Grundstückes mit den Fl.Nrn. 414/7, 413/5, 413/578, 413/577, 413/512, 413/514, 413/546, 413/579 da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 Bay-BO).

6. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 414/7, 413/5, 413/578, 413/577, 413/512, 413/514, 413/546, 413/579) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

7. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

8. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

*Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:*

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Wider-

spruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

9. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Haar, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.46, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

**Nr. 2635 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO- i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)**

**Baugenehmigung vom 28.08.2025**

Vorhaben: Tektur zum Neubau eines Einzelhandels-/Bürogebäudes und eines GeschäftsWohngebäudes mit oberirdischem Parkplatz und Tiefgarage, hier im Wesentlichen: Grundriss- und Fassadenänderungen, Entfall von Stellplätzen in der Tiefgarage und Einbau Wärmepumpe mit Lüftungsöffnungen im UG

**Grundstück:** Gemarkung Haar Fl.Nr. 261/120

**Bauort:** 85540 Haar Kr. München, Leibstraße/Vockestraße

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 28.08.2025, Nr. 4.1-0067/25/N wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Tektur zum Neubau eines Einzelhandels-/Bürogebäudes und eines Geschäfts-Wohngebäudes mit oberirdischem Parkplatz und Tiefgarage, hier im Wesentlichen: Grundriss- und Fassadenänderungen, Entfall von Stellplätzen in der Tiefgarage und Einbau Wärmepumpe mit Lüftungsöffnungen im UG“ auf dem Grundstück der Gemarkung Haar Fl.Nr. 261/120 in 85540 Haar Kr. München, Leibstraße/Vockestraße erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

4. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 261/65, 261/100 und 261/104, Gemarkung Haar zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art. 66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

5. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 261/100,261/104,) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

6. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

7. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

*Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:*

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München  
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München  
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird,

*(Fortsetzung nächste Seite)*

(Fortsetzung)

gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

8. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Haar, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.46, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Öffentliche Zustellung

Nr. 2636 / Bekanntmachung Fahrzeugzulassungsrecht (§ 5 Abs.1 Fahrzeug-Zulassungsverordnung – FZV), Maßnahmen zur Erbringung des Nachweises der erfolgreichen Teilnahme an der Rückrufaktion des Fahrzeuges mit dem amtlichen Kennzeichen M-O 6868

hier: Öffentliche Zustellung eines Bescheides an: Frau ThiThai Tran, Dieselstr. 28, 85748 Garching

Das Landratsamt München gibt bekannt, dass der Bescheid des Landratsamtes München vom

21.08.2025, Az.: 3.4.2.4Er/M O6868, betreffend „Maßnahmen zur Erbringung des Nachweises der erfolgreichen Teilnahme an der Rückrufaktion“, adressiert an Frau ThiThai Tran, Dieselstr. 28, 85748 Garching beim Landratsamt München, Zulassungsstelle Grasbrunn, Bretonischer Ring 1, 85630 Grasbrunn-Neukeferloh, während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann.

Diese Bekanntmachung stellt eine öffentliche Zustellung im Sinne des Art. 15 Abs. 2 Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes dar.

Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Bekanntmachung Zweckverband „Volkshochschule im Osten des Landkreises München“

Nr. 2637 / I. Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Volkshochschule im Osten des Landkreises München“ für das Rechnungsjahr 2025

Auf Grund der Art. 63 ff der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, des Art. 40 Abs. 1 in der Verbindung mit dem Art. 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit erlässt der Zweckverband „Volkshochschule im Osten des Landkreises München“ folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan ist in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen:

im Verwaltungshaushalt mit 928.490,00 €

sowie im Vermögenshaushalt mit 83.970,00 €

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Verbandsumlagen der beteiligten Gemeinden werden wie folgt festgesetzt:

Ort	Verbandsumlage
Aschheim	124.371,00 €
Feldkirchen	99.957,00 €
Kirchheim	170.222,00 €

§ 5

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden auf 5.000,-- € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2025 in Kraft.

Aschheim, 07.05.2025  
Zweckverbandsvorsitzender  
Andreas Janson

II.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 enthält laut dem Landratsamt München keine gem. Art. 40 Abs. 1 Satz 1 HS 1 KommZG i.V.m. Art. 71 Abs. 2 und 67 Abs. 4 GO genehmigungspflichtigen Bestandteile.

III.

Die Haushaltssatzung liegt gem. Art.40 KommZG i.V.m. Art. 65 Abs. 3 GO ab dem Tage der Bekanntmachung während der allgemeinen Geschäftszeiten in der vhs olm Geschäftsstelle, Münchner Straße 8, 85609 Aschheim zur Einsichtnahme aus.

Christoph Göbel  
Landrat

Ihr Landratsamt im Internet

[www.landkreis-muenchen.de](http://www.landkreis-muenchen.de)

Impressum Herausgeber: Landratsamt München, Mariahilfplatz 17, 81541 München, [www.landkreis-muenchen.de](http://www.landkreis-muenchen.de), Verantwortlich: Landrat Christoph Göbel, Redaktion: Tobias Kleinert